Für Göppingen in Berlin

Ausgabe 9-Juni 2014

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

die SPD war bei der Europawahl erfolgreich.

Das ist gut so, denn sozialdemokratische Politik dient dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gegenseitige Solidarität schafft Stabilität – in Deutschland und in Europa. Das gute Ergebnis haben wir ganz wesentlich unserem Spitzenkandidaten Martin Schulz zu verdanken. Gleichzeitig zeigen Wahlanalysen, dass für mehr als die Hälfte unserer Wählerinnen und Wähler die gute Regierungsarbeit im Bund der entscheidende Grund war, die SPD zu wählen. Das gibt uns Rückenwind für unsere Arbeit.

So starteten wir am Montag guten Mutes in eine sehr arbeitsreiche Woche. Das Tarifpaket einschließlich der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns haben wir auf den Weg gebracht. Das GKV-Finanzstruktur- und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetz (GKV-FQWG) haben wir beschlossen und damit endlich die Kopfpauschale in der gesetzlichen Krankenversicherung abgeschafft. Dies Gesetz ist ein Beitrag zu mehr Versorgungssicherheit, mehr Qualität und Patientenorientierung

Wir haben über die doppelte Staatsbürgerschaft erstmals im Deutschen Bundestag beraten und die steuerliche Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften beschlossen.

Das Ergebnis der Europawahl zeigt: Engagement zahlt sich aus. Das motiviert die ganze Fraktion und natürlich auch mich selbst. Dieser Ansporn ist wichtig, denn wir haben uns noch viel vorgenommen. Wir müssen und wir werden uns anstrengen, damit die sozialdemokratische Handschrift des Koalitionsvertrages weiterhin in der Arbeit der Bundesregierung erkennbar bleibt.

Ich wünsche allen erholsame Pfingstferien

Ihre/Eure

Heike Baehrens

Guter Lohn für gute Arbeit

Gute Arbeit muss sich lohnen. Deshalb bekämpfen wir mit dem „Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie“ das Lohndumping und unfairen Wettbewerb. Dazu gehört auch der gesetzliche flächendeckende Mindestlohn. Das haben wir Millionen Menschen versprochen und ich bin stolz darauf zu sagen: Der Mindestlohn kommt. Das bringt eine Lohnerhöhung für mehr als fünf Millionen Menschen und ist ein großer Erfolg für die SPD.

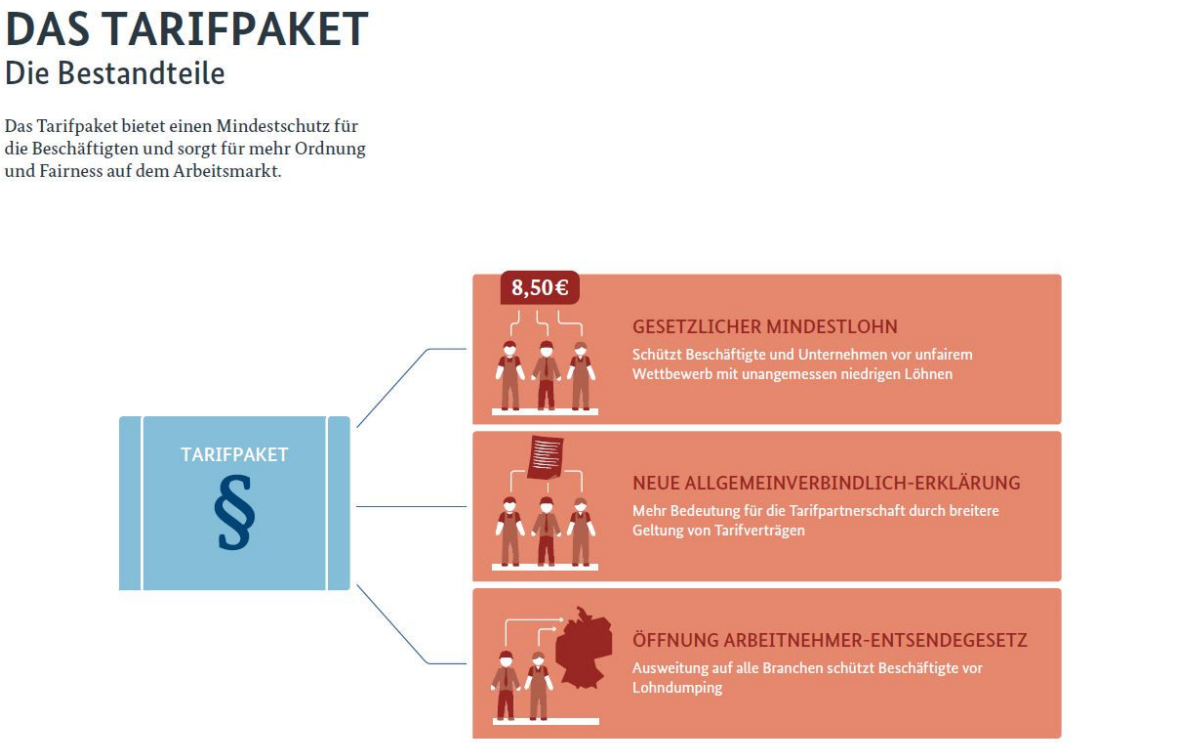
Ab dem 1. Januar 2015 haben alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer grundsätzlich einen Anspruch auf einen Lohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde. Bis Ende 2016 sind tarifvertragliche Abweichungen vom Mindestlohn, auf der Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes möglich. Ab dem 1. Januar 2017 gilt der allgemeine gesetzliche Mindestlohn dann ohne jede Einschränkung.

Manche Branchen sehen Probleme beim Übergang, deshalb sind wir weiterhin mit den Tarifparteien im Gespräch und suchen gemeinsam nach geeigneten ÜLösungen. Andrea Nahles hat versichert, dass bis Ende 2016 alle den Übergang schaffen können.

Die Höhe des Mindestlohns wird in Zukunft von einer Kommission der Tarifpartner bestimmt, die unabhängig von der Politik sein. wird. Die erste Überprüfung ist für den 1. Januar 2018 vorgesehen.

Um Langzeitarbeitslosen keine weiteren Hürden auf dem Weg in den Arbeitsmarkt aufzubauen, wird es eine Übergangsregelung von sechs Monaten geben. Danach haben natürlich auch sie vollen Anspruch auf den Mindestlohn.

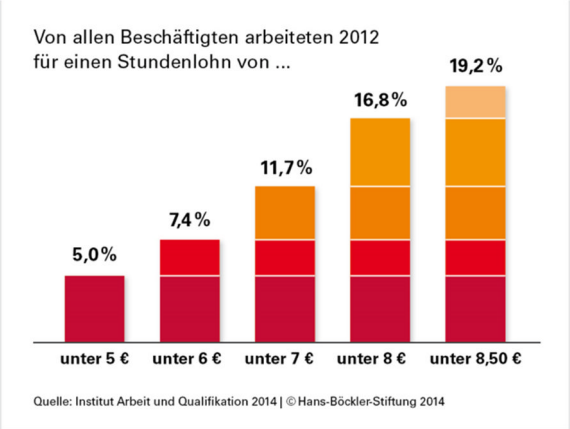
Außerdem gilt der Mindestlohn erst ab dem 18. Geburtstag, bei abgeschlossener Berufsausbildung natürlich schon vorher. Jugendlichen unter 18 haben im Rahmen des Jugendschutzgesetzes einen besonderen Schutz, damit sie noch nicht so hart arbeiten müssen wie Erwachsene. Zudem sollen sie sich auf Schule und Ausbildung konzentrieren können. Deshalb soll vermieden werden, dass Helferjobs mit 8,50 Euro pro Stunde attraktiver sind als eine Lehre oder ein Studium. Der Missbrauch von Praktikantinnen und Praktikanten soll in Zukunft ausgeschlossen werden. Praktika, die der Ausbildungsorientierung dienen oder im Rahmen von Ausbildung oder Studium durchgeführt werden, bleiben vom Mindestlohn



© Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2014

ausgenommen. Für Praktika, die länger als sechs Wochen dauern ist zukünftig Mindestlohn zu zahlen.

Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz hat sich bewährt. Es ist für die Branchen zu einer wichtigen Grundlage für fairen Wettbewerb geworden. Die Erfahrung in allen Branchen war bisher: Die Beschäftigung bleibt, unfairer Wettbewerb wird verdrängt. Mit dem Tarifpaket öffnen wir das Arbeitnehmer-Entsendegesetz für alle Branchen.



9 Milliarden Euro für Kitas, Schulen, Hochschulen und Forschung

Die SPD kämpft für Chancengleichheit in der Bildung von Anfang an. Nach monatelangen und schwierigen Verhandlungen haben wir uns mit der Union in der Bildungs- und Forschungspolitik geeinigt. Der jetzige Kompromiss ist ein erster Schritt in die richtige Richtung: Wir werden in dieser Legislaturperiode neun Milliarden Euro zusätzlich für Bildung, Wissenschaft und Forschung bereitstellen. Ein Erfolg, den wir in den Koalitionsverhandlungen hart erkämpft haben.

Wir wollten das Kooperationsverbot für den gesamten Bildungsbereich aufheben, aber die Union lehnt die Förderung von Schulen durch den Bund ab. Deshalb gehen wir jetzt den indirekten Weg, indem wir die Länder entlasten.

Insgesamt sechs Milliarden Euro mehr werden in dieser Legislaturperiode in Bildung und Hochschulen investiert.

Der Bund stellt zudem weitere drei Milliarden Euro für Wissenschaft und Forschung zur Verfügung. Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen wollen wir nicht weiter bevorzugen, sondern die Forschung an Hochschulen wieder

stärken.

Außerdem entlasten wir die Länder ab dem 1. Januar 2015 dauerhaft von den Kosten für das BAföG – mehr als eine Milliarde Euro jährlich.

“Bildung für alle“ - ist unser Motto. Darum haben wir uns für eine bessere Ausbildungsförderung stark gemacht. Die SPD hat das Projekt BAföG-Erhöhung auf die Tagesordnung gesetzt. Spätestens zum Wintersemester 2016/17 soll eine grundlegende BAföG-Reform beschlossen werden. Wir stellen uns gegen das halbherzige Bekenntnis der Union oder die Luftschlösser der Linken. Die SPD ist und bleibt die BAföG-Partei.

Asylbewerber wollen arbeiten

Wir haben erreicht, dass Asylbewerber einen leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Müssen sie heute noch neun Monate warten, werden sie zukünftig bereits nach drei Monaten eine Arbeit in Deutschland aufnehmen dürfen. Das ist ein wichtiger Beitrag zur besseren Integration von Asylbewerbern in unsere Gesellschaft. Die Möglichkeit den Lebensunterhalt selbst bestreiten zu können, ist oft der sehnlichste Wunsch von Asylsuchenden. Und es ist ein wichtiger Schritt zu selbstbestimmter Teilhabe. Außerdem wird das Bleiberecht verbessert werden. In Zukunft sollen grundsätzlich alle Geduldeten die Chance zum

Bleiben erhalten, wenn sie durch Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen können, gut genug Deutsch sprechen und keine Straftaten begangen haben. Diese Verbesserungen für alle Asylbewerber in Deutschland wurden vor dem Hintergrund eines sehr schwierigen Kompromisses gefunden. Das Bundesinnenministerium von CDU-Minister De Maizière plant nämlich, Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina in die Reihe der sogenannten „sicheren Drittstaaten“ aufzunehmen. Das bedeutet eine Verschärfung des Asylrechts mit der die zuletzt stark gestiegene Zahl von Asylbewerbern gestoppt werden soll.

Wo Patienten Hilfe bekommen

Mit der Verabschiedung des GKV-FQWG haben wir eine Stärkung der Unabhängigen Patientenberatung (UPD) auf den Weg gebracht. Die UPD versteht sich als Wegweiser und Lotse durch das Gesundheitssystem. Die regional angesiedelten UPD‘s beraten Patientinnen und Patienten und unterstützen sie darin ihre Interessen wahrzunehmen und eigenständig zu handeln. Sie bieten Rat eine neutrale und von Krankenkassen, Ärzten, Therapeuten etc. unabhängige Beratung und Unterstützung.

Die Mittel der Krankenkassen für die UPD‘s werden mit der neuen Förderphase ab 1. Januar 2016 von 5 auf 9 Millionen erhöht. Nun kann mehr Personal eingestellt und die telefonische Erreichbarkeit der Beratungsstellen deutlich verbessert werden. Auch kann in der au ? verlängerten Förderphase die Anzahl der Beratungsstellen ausgeweitet werden. Das führt zu mehr Planungssicherheit und sichert die Kontinuität der Beratung.

Ich bin froh und stolz, dass wir diese Verbesserungen für die Patienten erreichen konnten.

Für Göppingen ist die Beratungsstelle Stuttgart zuständig:

UPD Beratungsstelle Stuttgart

Gaisburgstraße 27 | 70182 Stuttgart

Telefon: (0711) 248 33 95

Telefon für türkische Beratung:
(0711) 51 89 02 69

Beratungszeiten

Montag 12.00–15.00 Uhr
Dienstag 10.00–14.00 Uhr
Mittwoch 10.00–14.00 Uhr
Donnerstag 14.00–19.00 Uhr
und nach Vereinbarung

Beratungszeiten für türkische Beratung

Mittwoch 8.00-10.00 Uhr
Donnerstag 15.00-17.00 Uhr
und nach Vereinbarung

Meine Woche im Wahlkreis

AG 60+

Mit einem „Bericht aus Berlin“ war ich Gast bei der Arbeitsgemeinschaft 60plus. Wir sprachen über aktuelle Vorhaben der SPD-Bundestagsfraktion und ich berichtete von meinem Alltag in der Hauptstadt.

Bündnis für Rentnerinnen und Rentner e. V. (BRR) – Kreisverband Göppingen

Das Bündnis für Rentnerinnen und Rentner e.V. ist ein kritischer Begleiter der

Rentenpolitik seit der Gründung der Bundesrepublik. Sie beklagen, dass immer mehr versicherungsfremde Leistungen aus der Rentenkasse bezahlt würden. Der BRR hat mich eingeladen, mit ihnen darüber zu diskutieren. Heftige Kritik übten sie daran, dass die sogenannte Mütterrente nicht aus Steuermitteln, sondern aus Versicherungsbeiträgen finanziert werden soll. Das entspricht der Position der SPD. Sehr gefreut habe ich mich über den hohen Zuspruch zur Rente mit 63.

Einweihung Bürgerbüro

Am Schillerplatz 10 befinden sich jetzt die Büro des SPD-Kreisverbandes, unseres Landtagsabgeordneten Peter Hofelich und mein Bürger-

büro. Die feierliche Eröffnung war mein persönliches Highlight der Woche. Über 120 Gäste kamen am 28. Mai ins Göppinger Roth-Carée und stießen mit uns auf die neuen Räumlichkeiten an. Wir luden gleichzeitig zu einer Vernissage mit Ausstellung der Göppinger Künstlerin Brigitte Schmitt. Die Ausstellung ist noch bis Ende Juli zu sehen. Der Eintritt ist frei.

Bürgersprechstunde

Am Dienstagabend fand wieder meine monatliche Bürgersprechstunde statt. Hier hatte ich die Möglichkeit, die Probleme und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis kennenzulernen. Die nächste Bürgersprechstunde findet am 17. Juni statt.

„Wohlstand kommt auf guten Straßen“

Dieses alte römische Sprichwort trifft auch heute noch zu. Eine schlechte Infrastruktur beeinträchtigt die Wohlstandsentwicklung in unserem Land. Deshalb müssen wir unser Augenmerk auch auf den Erhalt und den Ausbau unserer Verkehrswege richten.

Von Anfang an war es mir wichtig, bei meiner Arbeit für den Landkreis Göppingen einen besonderen Fokus auf die B10 und den Albaufstieg der A8 zu legen. Darum habe ich vergangene Woche schriftlich bei Bundesverkehrsminister Dobrindt nachgehakt und verlässliche Aussagen eingefordert, ob die sogenannte Mittelfreigabe des Bundes für den Weiterbau der B10 noch 2014 erfolgt damit 2015 gebaut werden kann.

Beim Albaufstieg kommt es auf das Finanzierungsmodell an. Im alten Bundesverkehrswegeplan geht man noch von einer privaten Finanzierung aus. Dieses Modell gilt seit 2008 als gescheitert. Seitdem gibt es keine Veränderung des Status quo. Das Bundesverkehrsministerium muss endlich eine klare Aussage zum zukünftigen Finanzierungsmodell treffen.

Dies haben wir auch nach einem Gespräch im Landratsamt mit einer Resolution an den Bundesverkehrsminister bekräftigt. In großer Einigkeit unter allen Abgeordneten im Landkreis, den Bürgermeistern und der IHK haben wir ihm die Wichtigkeit dieser beiden Straßenbauvorhaben nachdrücklich ans Herz gelegt.

Jugend und Parlament

Einmal als Bundestagsabgeordnete im Plenarsaal sitzen und am Gesetzgebungsprozess mitwirken. Gemeinsam mit 315 Jugendlichen aus ganz Deutschland durfte die 18 Jährige Gymnasiastin Annika Klesen aus Uhingen auf meine Einladung hin beim Planspiel ‚Jugend und Parlament' im Deutschen Bundestag genau das tun.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer übernahmen fiktive Rollen von Abgeordneten und durften vier Gesetzesinitiativen beraten.

Unter dem Namen Marie Dubliner und ausgestattet mit einem fiktiven Lebenslauf saß Annika für die APD, die Arbeitnehmerpartei Deutschlands, im Parlament. Sie arbeitete im Auswärtigen Ausschuss an der Mandatierung eines Bundeswehreinsatzes in der fiktiven afrikanischen Republik ‚Sahelien'.

Die Jugendlichen im Alter von 16 bis 20 Jahren lernen beim Planspiel die Arbeit der Abgeordneten unter Echtbedingungen kennen – in Landesgruppen, Fraktionen, Arbeitsgruppen und Ausschüssen. Die abschließende Debatte im Plenarsaal wurde von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU/CSU) geleitet.

Annika Klesen und Heike Baehrens im Paul-Löbe-Haus Deutschen Bundestag

Das Planspiel ‚Jugend und Parlament' unterstütze ich, weil es nach wie vor wichtig ist, Jugendliche für unsere parlamentarische Demokratie zu begeistern. Mehrheiten zu organisieren und Kompromisse einzugehen, um das Machbare zu erreichen, ist manchmal ein hartes und von außen schwer durchschaubares Geschäft. Annika konnte dies hautnah erfahren.

Informationsbesuch aus Albershausen

Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse der Albert-Schweitzer Schule Albershausen gemeinsam mit ihren Lehrern und Heike Baehrens

Die Bundestagsabgeordnete
für den Landkreis Göppingen

Heike Baehrens

SPD

Termine 09. Juni — 20. Juni 2014

Mittwoch, 11. Juni, 18:00 Uhr
Kamingespräch mit dem Bundesverband mittelständischer Wirtschaft

Donnerstag, 12. Juni, 14:00 Uhr
Treffen mit dem Patientenfürsprecher Dr. Gert Kollmer

20:00 Uhr
Roter Treff Bericht aus Berlin des Ortsvereins Eislingen in der Gaststätte Zeus

Dienstag, 17. Juni, 16:00 Uhr
Bürgersprechstunde im Rathaus Eislingen

23. Juni bis 29. Juni Haushaltswoche

Kreisverband Göppingen SPD — ANPACKEN. FÜR UNSEREN LANDKREIS.

Jusos GP

SPD Baden-Württemberg

SPD BUNDESTAGSFRAKTION

Bürgerbüro

Roth Carré Schillerplatz 10
73033 Göppingen

Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 988 36 44

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159

www.heike-baehrens.de

www.facebook.com/heike.baehrens